

In der Senatssitzung am 24. Januar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

23.01.2023

S 14

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2023

„Welche Maßnahmen wurden seitens des Jugendamtes ergriffen nach dem brutalen Übergriff auf eine Transfrau im September 2022“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Welche Maßnahmen wurden seitens des Jugendamtes ergriffen nach dem brutalen Übergriff auf eine Transfrau im September 2022“ gestellt:

1. Wie viele Täter und Täterinnen konnten im Zusammenhang mit dem Übergriff auf eine Transfrau im September 2022 in einer Bremer Straßenbahn ermittelt werden und wie viele Personen davon waren strafmündig?
2. Welche erzieherischen Maßnahmen wurden seitens des Jugendamtes bezüglich der betroffenen, noch nicht strafmündigen, Täter und Täterinnen ergriffen und mit welchem Erfolg?
3. Inwieweit konnte bei den ermittelten strafmündigen Tatverdächtigen bereits Anklagen erhoben werden bzw. in welchem Ermittlungsstadium befindet sich das Strafverfahren?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Bislang sind elf Personen im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Tat als Beschuldigte ermittelt worden. Zwei der elf Beschuldigten waren zum Tatzeitpunkt strafmündig.

Zu Frage 2:

Die Fälle sind im Jugendamt Bremen bekannt und werden im Case Management des Jugendamtes bearbeitet. Auch ohne Namensnennung sind die einzelnen Kinder/Jugendlichen aufgrund der geringen Größe der Gruppe für Personen mit Zusatzwissen identifizierbar. Folglich handelt es sich bei Informationen zu den konkreten Maßnahmen um Sozialdaten zu denen gemäß den §§ 35 SGB I, 61 ff. SGB VIII, 67 ff. SGB X keine weitergehende Auskunft gegeben werden kann.

Zu Frage 3:

Die Ermittlungen zu den beiden strafmündigen Beschuldigten dauern an.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Frage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Bei den zwei Beschuldigten handelt es sich um männliche Personen.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist noch mit der Senatorin für Justiz und Verfassung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie dem Senator für Inneres vom 23.01.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu.